



Berlin, 06.12.2017

**Thorsten Frei MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73 972  
Fax: +49 30 227-76 972

**Wahlkreisbüro:**  
Justinus-Kerner-Straße 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Telefon: +49 7721 99 535 44  
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de  
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.  
Thorsten Frei MdB

## **Baden-Württemberg ist Schrittmacher bei der Digitalisierung der Schulen**

Seit einiger Zeit verfolgt und begleitet Thorsten Frei das erfolgreiche Projekt „Cyber-Classroom“, das in enger Kooperation von drei Gymnasien aus dem Wahlkreis und einer St. Georgener Firma entstanden ist und weiterentwickelt wird. Zukünftig soll es hier auch eine Kooperation mit dem Landkreis geben. Mario Mosbacher, Direktor des Donaueschinger Fürstenberg-Gymnasiums und einer der Köpfe hinter dem Cyber-Classroom nahm als Referent an einem Digitalkongress von Telekom-Stiftung und der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ in Berlin teil, um den eigenen Ansatz vorzustellen und um von anderen Beispielen zu lernen. Am Rande des Besuchs trafen sich Thorsten Frei, Mario Mosbacher sowie Matthias Scholliers, Fortbildungsreferent für die Allgemeinbildenden Gymnasien im Regierungspräsidium Freiburg im Deutschen Bundestag, um die aktuellsten Entwicklungen bei der Digitalisierung des Unterrichts in Baden-Württemberg zu erörtern.

Die Gäste aus dem Schwarzwald zeigten eindrucksvoll auf, dass Baden-Württemberg auf einem sehr guten Weg sei, was die Implementierung des Themas in den Unterricht angehe. Ganz zentral sei dabei, dass das Land mit der „digitalen Bildungsplattform“ eine zentrale IT-Lösung für den Bildungsbereich entwickelt habe, die die wesentlichen damit verbundenen Themen vernetze.

Ebenso fortschrittlich sei, dass künftig auch in der Lehrerbildung verstärkt die digitalen Elemente wie eLearning oder moocs (massive open online course) eingesetzt werden, um zum Beispiel die Fachlichkeit der Lehrkräfte zu stärken.

Schnell wurden in dem Gespräch aber auch die noch offenen, schwerwiegenden Fragen deutlich, für die von politischer Seite ein Rahmen geschaffen werden muss. Diese betreffen vor allem das Urheberrecht und den Datenschutz. Außerdem bestand in der Einschätzung Einigkeit, dass die Digitalisierung mindestens 10 Jahre und mehr in Anspruch nehmen werden. Dies hat zwei wesentliche Gründe. Zum einen erfordert die durchgängige Ausgestaltung des Unterrichts mit digitalen Hilfsmitteln eine große Aufrüstung im Bereich der technischen Ausstattung der Schulen und große Anstrengungen im Bereich des Netzausbaus für die benötigten Gigabitanschlüsse. Doch dies ist nicht genug - Mario Mosbacher brachte es treffend auf den Punkt: „Eine Schule ist nicht digital, weil ein Beamer im Klassenraum hängt.“ Entscheidend sei die Entwicklung inhaltlicher Konzepte, und dies sein ein breit anzulegender Schulentwicklungsprozess.



Matthias Scholliers erläuterte am Beispiel der Geographie, wie das Land bei der Entwicklung von Online-Anwendungen mit den Universitäten zusammenarbeitet. Studenten des KIT (Karlsruher Institut für Technologie) der Universität Karlsruhe entwickeln im Rahmen ihrer Bachelorarbeit Apps für den Geographieunterricht, die allen Lehrkräften und Schülern über das Landesmedienzentrum zur Verfügung stehen.

Klar ist allen Beteiligten aber auch, dass die weiteren Schritte viel Zeit und Geld in Anspruch nehmen werden. Thorsten Frei ist überzeugt, dass der Bund seinen Teil für die Bewältigung auf Landesebene leisten wird. Auch wenn er selbst kein Befürworter für die Abschaffung des Kooperationsverbots ist, weiß er, dass die Länder die Mittel nicht allein stemmen werden. Deshalb hatte CDU-Bildungsministerin Johanna Wanka bereits vor der Wahl angekündigt, 5 Mrd. EUR für die IT-Ausstattung in deutschen Schulen investieren zu wollen. Wieviel Geld es vom Bund am Ende sein wird und wie es dann tatsächlich an die Länder verteilt wird, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. „Ob das Geld mit oder ohne Kooperationsverbot kommt, ist den Schulen egal. Im Ergebnis ändert das nichts“, so Frei, der eine mögliche Koalition mit Grünen und FDP favorisiert hätte. „Die FDP hat schließlich die Bildung zu ihrem wichtigsten Wahlkampfthema gemacht. Da hätten wir sicherlich das Maximum für die Schulen rausholen können. Mit der SPD wird es sicherlich schwieriger, da für die Sozialdemokraten Renten- und Sozialthemen von größerem Gewicht sind.“